

LOKALES GIESSEN

📅 Mittwoch, 20.11.2019 - 06:00 ⌚ 3 min

## Podiumsdiskussion in Gießen beschäftigt sich mit "Frauenhäusern in Not!?"

100 000 Frauen waren 2017 von häuslicher Gewalt betroffen. Der Gang ins Frauenhaus stellt in solchen Notsituationen oft den einzigen Ausweg aus der Bedrohung dar - doch viele Einrichtungen sind stark unterfinanziert.

Von *Diana Moor*



Diskutieren über Lösungsansätze: Friederike Stibane, Anita Schneider, Moderatorin Nina Heidt-Sommer, Yvonne Fritz, Kerstin Pfeiffer und Lisa Gnagl (von links). Foto: Moor

GIESSEN - Die Zahlen sind erschreckend: 100 000 Frauen waren 2017 laut Polizeistatistik von häuslicher Gewalt betroffen. Die Dunkelziffer liegt vermutlich um einiges höher. Für Frauen in solchen Notsituationen stellt der Gang in ein Frauenhaus oftmals einen Ausweg aus der Bedrohung dar. Allerdings sind viele Frauenhäuser stark unterfinanziert, es fehlen Plätze und in manchen Regionen gibt es gar keinen Zugang zu Beratungsstellen und Hilfsangeboten. Um die aktuelle Lage zu skizzieren und Lösungsansätze zu diskutieren, hatte die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) zu der Podiumsdiskussion "Frauenhäuser in Not!?" eingeladen.

"Gewalt gegen Frauen ist allgegenwärtig", verdeutlichte die SPD-Landtagsabgeordnete Lisa Gnadl. 2017 seien in Hessen etwa 8500 Frauen betroffen gewesen. Aus Platzmangel in Frauenhäusern hätten im vorherigen Jahr

rund 2800 Frauen und Kinder abgewiesen werden müssen. Deutschland ist 2017 der "Istanbul-Konvention" beigetreten, die Rechtsnormen gegen Gewalt an Frauen festlegt. Demnach sollte pro 10 000 Einwohnern ein Platz im Frauenhaus vorgehalten werden. In Hessen sind momentan 313 Plätze vorhanden, also gerade einmal halb so viele wie nach der Konvention erforderlich wäre. Die Landesregierung sehe Bedarfe vor allem im städtischen Raum. Gewalt gegen Frauen, so Gnadl, sei jedoch auch ein Problem auf dem Land.

Yvonne Fritz vom Sozialdienst katholischer Frauen machte darauf aufmerksam, dass der Platzmangel unter anderem daraus resultiere, dass insbesondere bei Frauen mit Kindern die Verweildauer sehr lang sei, weil sie keinen geeigneten Wohnraum fänden. Ein ungesicherter Aufenthaltsstatus oder Unterhaltssicherung sowie mangelnde Betreuungsplätze für Kleinkinder kämen vielfach erschwerend hinzu. Kerstin Pfeiffer vom Autonomen Frauenhaus Gießen forderte bundeseinheitliche Regelungen, die eine gute Arbeitsgrundlage für Frauenhäuser schaffen würden. Zum einen gehe es dabei um die Finanzierung, die bundesweit sehr unterschiedlich sei. Zum anderen gehe es darum, dass manchmal weiter entfernt gelegene Frauenhäuser aufgesucht werden müssten, gelegentlich jedoch die Auflage bestehe, nur Frauen aus der Region aufzunehmen.

Darüber hinaus sollten Gesetze wie das Sorge- und Umgangsrecht gemäß "Istanbul-Konvention" angepasst werden. Ansonsten könne es schwerfallen, den Aufenthaltsort geheimzuhalten - die Konsequenzen habe man jüngst beim Mordfall von Limburg beobachten können. Landrätin Anita Schneider (SPD) fordert ebenfalls ein Handeln auf Bundesebene. Zwar habe Familienministerin Franziska Giffey 30 Millionen Euro zugesagt; hier handele es sich indes um ein Förderprogramm und nicht um eine grundlegende Finanzierung, stellte Lisa Gnadl klar. Die städtische Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte Friederike Stibane kritisierte eine fallbezogene Finanzierung von Frauenhäusern. Die institutionelle Unterstützung existiere zwar in Hessen, fraglich sei nur, ob das reicht. Die Landtagsabgeordnete erinnerte an Kürzungen der Landesregierung im Sozialbereich von 2003, deren Auswirkungen man noch heute spüre. Berücksichtigt werden müssten zudem die Bedürfnisse von Frauen mit Behinderungen, die überproportional von häuslicher Gewalt betroffen seien.

Konkrete Zeiträume, in denen bestimmte Schritte abgeschlossen sein müssten, definiert die "Istanbul-Konvention" nicht, hob Anita Schneider hervor. Insofern könne man immer darauf verweisen, "auf dem Weg zu sein". Für wünschenswert halten die Diskussionsteilnehmerinnen einen Aktionsplan für das Land Hessen, um die Umsetzung der Konvention zu gewährleisten. Friederike Stibane appellierte: "Wir haben die Verpflichtung, alle Menschen vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu schützen, unabhängig von Aufenthalts- oder finanziellem Status."

---

## NEWSLETTER



**Der Morgen-Newsletter: Schon beim ersten Kaffee alles Wichtige erfahren!**

✍ kostenlos ✍ jederzeit abbestellbar ✍ 1x täglich Nachrichten

## **KOMMENTARE**